

17. Sitzung des Gemeinderates vom 18.06.2009

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Der Vorsitzende begrüßt die Mitglieder des Gemeinderats, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßt ferner die anwesenden Vertreter der Presse, die Vertreter aus der Verwaltung sowie sämtliche Zuhörer zur öffentlichen Sitzung.

Es wird darauf hingewiesen, dass der Tagesordnungspunkt 5 der öffentlichen Sitzung – Antrag der Jugendbeauftragten Sabine Ebner auf Errichtung eines Aktivspielplatzes in Unterföhring – für diese Sitzung zurückgestellt wird, da zunächst eine Besichtigungsfahrt stattfinden soll.

Es werden keine Einwände gegen die festgesetzte Tagesordnung der öffentlichen Sitzung erhoben.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gratuliert der Vorsitzende den Mitgliedern des Gemeinderats, Herrn Manuel Prieler sowie dem Gemeinderatsmitglied Herrn Johann Zehetmair, nachträglich zum Geburtstag.

Des Weiteren weist der Vorsitzende darauf hin, dass Ende Juni 2009 eine neue Ortsbroschüre über die Gemeinde herausgegeben wird, die dann entsprechend an alle Haushalte verteilt wird. Er bittet auch ferner um Beachtung, dass die Gemeindeverwaltung ab dato neue Telefon- und Faxnummern erhalten hat. Zugleich dankt er den örtlichen Firmen für die Mitfinanzierung dieser Broschüre durch Werbeanzeigen.

241

17

Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlichen Sitzungen

Herr Dr. Ernstberger verlässt den Sitzungssaal um 19.40 Uhr.

Der in der nichtöffentlichen Sitzung gefasste Beschluss vom 22.04.2009, Nr. G 176, wird in der heutigen öffentlichen Sitzung verlesen und ist damit der Öffentlichkeit zur Kenntnis gebracht.

- siehe Beilage -

17. Sitzung des Gemeinderates vom 18.06.2009

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Genehmigung der Niederschriften aus den öffentlichen Sitzungen

242 17 Beschluss: 17 : 0

Die Niederschriften aus den öffentlichen Sitzungen des Gemeinderates vom 05.05. und 14.05.2009, die den Gemeinderatsmitgliedern übermittelt worden sind, wurden genehmigt.

Das Gemeinderatsmitglied Herr Dr. Ernstberger war nicht anwesend.

Vorhabensbezogener Bebauungsplan Nr. 77/07 zur Errichtung einer photovoltaischen Freilandsolaranlage östlich des Heizkraftwerks; Antrag auf Umgriffserweiterung

Herr Dr. Ernstberger kommt um 19.45 Uhr in den Sitzungssaal zurück; Herr Zehetmair verlässt den Sitzungssaal um 19.47 Uhr.

Der Bürgermeister erläutert den aktuellen Sachstand und bringt den Gemeinderatsbeschluss vom 14.05.2007 in Erinnerung. Zwischenzeitlich wurden zahlreiche Planungsgespräche mit den Vorhabensträgern und den Behörden (Landratsamt München, höhere Landesplanungsbehörde etc.) geführt. Mit der Ausarbeitung und der Durchführung des Bebauungsplan- und Flächennutzungsplanverfahrens wurde der Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München beauftragt.

In den Planungsgesprächen wurden verschiedene Überlegungen und Varianten zur Realisierung der Freilandsolaranlage erarbeitet (z.B. Optimierung der Grundstücksflächen, Eingrünung, Belegung der Solarmodule etc.).

Der Gemeinderat hat am 14.05.2007 die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 77/07 zur Errichtung einer photovoltaischen Freilandsolaranlage östlich des Heizkraftwerks, für die Grundstücke Fl.Nrn. 1016, 1017, 1020/3, 1020/5 und 1021 (Gesamtfläche 49.251 m²) beschlossen.

Die formlose Voranfrage vom 27.05.2009, in der Herr Dr. Anton Lechner, Eichengeweg 4, die Umgriffserweiterung um die Grundstücke Fl.Nrn. 1013 und 1014 beantragt, wird bekannt gegeben.

Herr Dr. Anton Lechner teilte in dem Schreiben der Gemeinde mit, dass auf den Grundstücken Fl.Nrn. 1020/3, 1020/5 (teilweise) und 1021 (teilweise) mit insgesamt 1,4 ha wegen Verschattungsproblemen eine photovoltaische Freilandsolaranlage nicht realisiert werden kann.

Um die Gesamtwirtschaftlichkeit der photovoltaischen Freilandsolaranlage jedoch zu erhalten, wird die Erweiterung des Umgriffs des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 77/07 zur Errichtung einer photovoltaischen Freilandsolaranlage östlich des Heizkraftwerks um die Grundstücke

17. Sitzung des Gemeinderates vom 18.06.2009

Lfd.
Nr. Anwe-
 send

Vortrag - Beschluss

Fl.Nrn. 1013 und 1014 durch Herrn Dr. Anton Lechner beantragt.

243 17 Beschluss: 17 : 0

Der Gemeinderat stimmt der Erweiterung des Umgriffs des vorhabensbezogenen Bebauungsplans Nr. 77/07 zur Errichtung einer photovoltaischen Freilandsolaranlage östlich des Heizkraftwerks um die Grundstücke Fl.Nrn. 1013 (8.825 m²) und 1014 (5.353 m²) zu.

Damit umfasst der vorhabensbezogene Bebauungsplan Nr. 77/07 zur Errichtung einer photovoltaischen Freilandsolaranlage östlich des Heizkraftwerks die Flurnummern 1013, 1014, 1016, 1017, 1020/3, 1020/5 und 1021.

Die Umgriffserweiterung ist ortsüblich bekannt zu machen. Durch den Planungsverband ist ein Planentwurf auszuarbeiten und dem zuständigen Gremium vorzulegen.

Das Gemeinderatsmitglied Herr Zehetmair war nicht anwesend.

Az.: 6102
3.1; 2.1; 3.3

Herr Zehetmair kehrt um
19.50 Uhr in den Sitzungssaal
zurück.

**Planfeststellungsverfahren nach dem Bundesfernstraßengesetz;
A99 Ost Autobahnring München, Verlegung der Anschlussstelle
Aschheim/Ismaning von der B 471 zur Kreisstraße M 3;
Stellungnahme der Gemeinde Unterföhring**

Der Bürgermeister bringt die Gemeinderatsbeschlüsse vom 13.12.2007, Nr. G1047 und vom 10.01.2008, Nr. G1060, in Erinnerung, in denen die Vorstellung und Anerkennung der Entwurfsplanung und ein Sachstandsbericht behandelt wurden.

Die Autobahndirektion Südbayern hat bei der Regierung von Oberbayern die Planfeststellung für die Verlegung der Anschlussstelle Aschheim/Ismaning von der B 471 zur Kreisstraße M 3 beantragt.

Die Planunterlagen der Autobahndirektion Südbayern vom 31.03.2009 werden zur Einsichtnahme vorgelegt.

Die Gemeinde Unterföhring wird im Zuge der Öffentlichkeitsbeteiligung am Verfahren beteiligt. Das Schreiben vom 21.04.2009 der Regierung von Oberbayern wird bekannt gegeben.

Die Unterlagen des Planfeststellungsverfahrens liegen vom 25.05.2009 bis 26.06.2009 zur Einsichtnahme öffentlich aus. Die Einwendungsfrist des Planfeststellungsverfahrens endet am 10.07.2009.

17. Sitzung des Gemeinderates vom 18.06.2009

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

In den vergangenen Jahren hat das Verkehrsaufkommen auf Grund des allgemein steigenden Verkehrs und wegen großer Gewerbegebietsansiedelungen und Wohngebietsausweisungen im östlichen und nördlichen Landkreis München stetig zugenommen. Hiervon ist die Anschlussstelle Aschheim/Ismaning in erheblichem Maße betroffen. Zusätzlich zu den allgemeinen Verkehrssteigerungen bedingt die Fertigstellung der Kreisstraße M 3 zwischen dem Föhringer Ring und der Bundesstraße B 471 eine deutliche Mehrbelastung der Anschlussstelle. Seit Jahren kommt es daher immer wieder zu Überlastungen mit Rückstauungen bis auf die durchgehende Fahrbahn der A 99, vor allem in den morgendlichen und abendlichen Spitzenstunden. Ursache hierfür ist neben den vorfahrtsgeregelten Einmündungen der Rampen in die B 471 auch die Überlastung der signalisierten Einmündung der M 3 in die B 471 nördlich der Anschlussstelle.

Die Kreisstraße M 3 verbindet den „Föhringer Ring“ im Stadtbereich München mit der Bundesstraße B 471. Die radiale Lage der Kreisstraße M 3 in Bezug auf das Zentrum Münchens und deren Anbindung an das übergeordnete Straßennetz macht diese zu einer attraktiven Ein- und Ausfallstraße von und nach München. In Richtung Norden stellt die B 471 in Verbindung mit der B 388 eine wichtige Verkehrsverbindung in den Raum Erding dar. Außerdem soll künftig ausgehend von der A 99 bei Aschheim über den Streckenzug B 471- B 388 – B 388a – FS 12 neben der A 9/A 92 eine weitere, höhenfreie leistungsfähige Anbindung des Flughafens München an die Landeshauptstadt geschaffen werden. In Richtung Süden verläuft die Bundesstraße B 471 in etwa parallel zum Autobahnring A 99. Sie verbindet die Gemeinden Aschheim, Feldkirchen, Haar, Putzbrunn und Hohenbrunn (von Nord nach Süd). Diese Verbindung ist als Umleitungsstrecke beschildert und dient im Staufall auf der A 99 als primäre Ausweichstrecke.

Durch diese Maßnahme wird neben der Verkehrsqualität auch die Verkehrssicherheit deutlich erhöht. Infolge des höhenfreien Ausbaus der Knotenpunkte entfallen Linksabbiege- und Linkseinbiegevorgänge und die damit verbundenen Wartezeiten. Die Konfliktpunkte zwischen den einzelnen Verkehrsströmen werden auf ein Minimum reduziert. Ein Rückstau auf die Autobahn ist wegen des flüssigen Verkehrsablaufes künftig nahezu ausgeschlossen.

Die Verlegung der Anschlussstelle und ihre künftige Ausbildung als Vollkleeblatt sowie der höhenfreie Ausbau des Knotenpunktes B 471/M 3 als „Krake“ bewirken eine Verflüssigung des Verkehrsablaufs. Durch die Reduzierung der Brems- und Beschleunigungsvorgänge verringert sich sowohl der Abgasausstoß als auch die Emission an Lärm.

244 18 Beschluss: 18 : 0

Der Gemeinderat spricht sich grundlegend für die Verlegung der Anschlussstelle Aschheim/Ismaning von der B 471 zur Kreisstraße M 3 aus und befürwortet diese Maßnahme ausdrücklich. Bei der Planung und Realisierung ist auf einen flächenschonenden Verbrauch hinzuwirken.

17. Sitzung des Gemeinderates vom 18.06.2009

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Den vorgelegten Plänen zum Planfeststellungsverfahren vom 31.03.2009 wird mit folgenden Maßgaben zugestimmt:

Die derzeit beidseitig der Autobahn A 99 bestehenden landwirtschaftlichen Wege (Parallelwege), die den westlichen Bereich Unterföhrings mit dem östlichen Bereich verbinden, sollen nach Möglichkeit verbunden bleiben. Die Wege, die durch die Baumaßnahmen unterbrochen werden, sind angemessen zu ersetzen. Damit bleibt die für die landwirtschaftliche Struktur sehr wichtige West- / Ostverbindung weiterhin gegeben.

Die Erreichbarkeit (Erschließung) der Grundstücke im Ortsbereich Unterföhring, insbesondere die der landwirtschaftlichen Flächen, die im Umgriff des planfestgestellten Bereiches liegen, ist zu gewährleisten.

Den Belangen des Lärmschutzes ist auch für die Streuanwesen in größtmöglichem Umfang Rechnung zu tragen.

Der Gemeinderat regt an, die Autobahnzu- und -abfahrt (Ankündigungstafel, Zeichen 448) von derzeit Aschheim/Ismaning in Unterföhring/Ismaning umzubenennen.

Az.: 6024
3.1; 3.2

Antrag der Jugendbeauftragten Sabine Ebner auf Errichtung eines Aktivspielplatzes in Unterföhring

Dieser Tagesordnungspunkt ist zurückgestellt worden.

EU-weite Ausschreibung für einen Stromliefervertrag gemeindeeigener Objekte und Liegenschaften; Zustimmung zum Ausschreibungsverfahren

Der Bürgermeister erläutert den aktuellen Stand bzgl. der Stromlieferung gemeindeeigener Objekte und Liegenschaften. Auf Grund des Gemeinderatsbeschlusses vom 12.05.2005, Nr. G468, wird der Strom für gemeindeeigene Objekte und Liegenschaften durch die Firma E.ON Bayern geliefert. Vor Ablauf der Geltungsdauer des derzeitigen Rahmenvertrages ist eine entsprechende Ausschreibung inklusive aller Stromlieferungsarten durchzuführen. Ende 2009 läuft die Rahmenvereinbarung (zwischen den Kommunalen Spitzenverbänden und der Firma E.ON Bayern) aus. Ab 2010 ist ein neuer Stromliefervertrag abzuschließen.

Die Gemeinde Unterföhring hatte im Jahr 2008 einen Stromverbrauch aller gemeindeeigener Objekte und Liegenschaften von rund 2,4 Mio. kWh. Der Schwellenwert für eine europaweite Ausschreibung liegt derzeit bei ca. 500.000 kWh pro Jahr (Laufzeit der Strombelieferung vier Jahre).

17. Sitzung des Gemeinderates vom 18.06.2009

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Durch die Höhe des Stromverbrauchs von ca. 2,4 Mio. kWh pro Jahr ist eine europaweite Ausschreibung durchzuführen.

Die Schreiben des Bayerischen Gemeindetages vom 23.03.2009 und 05.05.2009 werden bekannt gegeben, in dem auf die Ausschreibungsmodalitäten und auf den Abschluss einer neuen Rahmenvereinbarung mit der E.ON Bayern Vertriebs GmbH hingewiesen wird.

Die Gemeinde Unterföhring hat am 28.05.2009 eine Eu-weite Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union zur Lieferung mit elektrischer Energie veröffentlicht. Die Angebote sind bis spätestens 20.07.2009 bei der Gemeinde einzureichen.

Seitens der Verwaltung wird vorgeschlagen, dass die Stromlieferung zu 100% aus Ökostrom erfolgen sollte.

Gemäß dem Preisblatt zu den Preisregelungen zur Kommunalen Rahmenvereinbarung vom 24.04.2009 können gegen einen Aufpreis von 0,3ct/kWh Strom bis zu 100% des Bedarfs aus Wasserkraftanlagen bezogen werden.

Gemäß den gesetzlichen Vergabebestimmungen müssen innerhalb von vier Kalendertagen nach Abgabefrist (20.07.2009) die eingegangenen Angebote gewertet und die Ergebnisse den Anbietern mitgeteilt werden. Gemäß § 101a Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) darf der Zuschlag (Auftragserteilung) frühestens 15 Kalendertage nach Bekanntmachung der Absagen, erteilt werden.

Auf Grund dieser zeitlichen Rahmenbedingungen ist eine Behandlung durch den Gemeinderat mit einem großen Aufwand verbunden. Daher ist es zweckmäßig, den amtierenden Bürgermeister mit der Auftragsverteilung zu bevollmächtigen.

Die Entscheidung über den Beitritt zur Kommunalen Rahmenvereinbarung sollte durch den Gemeinderat in der Septembersitzung erfolgen.

245 18 Beschluss: 18 : 0

Der Gemeinderat stimmt dem Eu-weiten Ausschreibungsverfahren für einen Stromliefervertrag gemeindeeigener Objekte und Liegenschaften mit folgenden Maßgaben zu:

- Die Stromlieferung hat zu 100 % aus Ökostrom (Wasserkraft, Solar-energie etc.) zu erfolgen.
- Die Laufzeit des Stromliefervertrages ist auf insgesamt vier Jahre festzulegen.
- Der Bürgermeister wird ermächtigt, den Anbieter mit dem niedrigsten Preisangebot mit der Stromlieferung zu beauftragen.

Az.: 631/2

3.1; 3.4; 2

17. Sitzung des Gemeinderates vom 18.06.2009

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Widmung einer Teilfläche des Isarwegs (Fl.Nr. 147/3) als öffentlicher Eigentümerweg

In den Jahren 1993 und 1994 wurde durch das Landratsamt München eine Wohnbebauung am Isarweg genehmigt. Zu diesem Zeitpunkt haben sich die Eigentümer Frau Bauer, Frau Bosch, Frau Faltermeier und die Firma Neuzeitbau mit der Widmung der Teilfläche des Isarwegs Fl.Nr. 147/3 als öffentlicher Eigentümerweg gemäß Art. 53 Abs. 3 BayStrWG einverstanden erklärt.

Auf Grund fehlenden Ausbaustandards dieses Teilstücks wurde noch keine Widmung durch die Gemeinde vollzogen. Die Firma Neuzeitbau hat sich damals bereit erklärt, diese Teilfläche des Isarwegs entsprechend auszubauen (Entwässerung und Asphaltierung). Dies wurde von der Firma Neuzeitbau trotz Zusage nicht ausgeführt.

Zwischenzeitlich ist dieses Teilstück Fl.Nr. 147/3 asphaltiert und kann somit als öffentlicher Eigentümerweg gewidmet werden.

Auf Grund verschiedener Rechtsmeinungen ist die Frage aufgetreten, ob eine erneute Zustimmung der jetzigen Grundstückseigentümer (zwischenzeitlich hat ein Eigentümerwechsel stattgefunden) zwingend erforderlich ist.

Diese Rechtsfrage wurde seitens der Gemeinde an das Landratsamt München zur endgültigen Klärung weitergegeben.

Mit Schreiben vom 14.05.2009 teilte das Landratsamt München mit, dass auf Grund eines VG-Urteils aus dem Jahre 2005 die ursprüngliche Zustimmung zur Widmung von 1994 ausreichend ist.

Aus diesem Grund kann eine Widmung der Teilfläche des Isarwegs Fl.Nr. 147/3 als öffentlicher Eigentümerweg durch die Gemeinde veranlasst werden. Das Schreiben des Landratsamts München vom 14.05.2009 wird bekannt gegeben.

Der Bürgermeister bringt das Bebauungsplanverfahren Nr. 75/06, am Isarweg, westlich der Alten Münchner Straße, östlich des Mittleren Isarkanals in Erinnerung.

Dieses Bebauungsplanverfahren konnte bisher noch nicht endgültig abgeschlossen werden, weil die öffentliche Erschließung über den Isarweg rechtlich noch zu klären war.

Das Schreiben vom 18.06.2009 des Rechtsanwaltes Herrn Guldenkirch, München, der die Herren Auernheimer, Branlard, Asaad und andere vertritt, wird verlesen.

246 18 Beschluss: 17 : 1

Der Gemeinderat stimmt gemäß Art. 6 BayStrWG der Widmung folgender Fläche mit sofortiger Wirkung zu:

17. Sitzung des Gemeinderates vom 18.06.2009

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Widmung zum unbeschränkten öffentlichen Eigentümerweg gemäß
Art. 53 Abs. 3 BayStrWG:

Isarweg	Fl.Nr. 147/3
Anfang:	Nördliche Grundstücksgrenze Fl.Nr. 147/8, km 0,000
Ende:	Nördliche Grundstücksgrenze Fl.Nr. 147/2, km 0,090 gemäß Plan vom 08.06.2009

Träger der Straßenbaulast sind die Eigentümer der Teilfläche des Isarwegs
Fl.Nr. 147/3.

Die vorstehende Widmung ist öffentlich bekannt zu machen und im Straßen-
und Wegeverzeichnis einzutragen, wenn die Zustimmung der Rechtsaufsicht
vorliegt.

Az.: 6311
3.1; 3.2

Namensvorschlag für die Grundschule Unterföhring

Im vergangenen Jahr wurde vom Elternbeirat der Grundschule Unterföhring
eine Art Wettbewerb durchgeführt, bei welchem die Grundschule einen Na-
men bekommen soll.

Die Grundschule hat die eingehenden Vorschläge gesammelt, die Vor-
schlagsliste ist den Mitgliedern des Gemeinderats mit der Sitzungseinladung
übersandt worden.

Von Seiten der Verwaltung wird die Bezeichnung „Grundschule Unterföhring“
vorgeschlagen.

Herr Wieprecht und Herr Ilmberger
verlassen um 20.10 Uhr den
Sitzungssaal.

247 16 Beschluss: 16 : 0

Der Gemeinderat spricht sich dafür aus, dass die Grundschule Unterföhring
weiterhin diesen Namen führt.

Die Gemeinderatsmitglieder Herr Ilmberger und Wieprecht haben an der Ab-
stimmung nicht teilgenommen.

Az.:
0.1; 2.1; 3.1

17. Sitzung des Gemeinderates vom 18.06.2009

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Antrag auf Bedarfsanerkennung für weitere Plätze im Kinderhort der Arbeiterwohlfahrt

Herr Ilmberger kehrt um 20.12 Uhr
in den Sitzungssaal zurück.

Mit Schreiben vom 07.05.2009 beantragt der Bezirksverband Oberbayern e.V. der Arbeiterwohlfahrt die Bedarfsanerkennung nach Art.7 Abs.2 des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes (BayKiBiG) für den Kinderhort der Arbeiterwohlfahrt, Schulstraße 1 in Unterföhring dahingehend, dass durch die Gemeinde ab 01.09.2009 eine Erweiterung um mindestens 15 Kinderhortplätze im Nebengebäude auf insgesamt 151 Plätze ausgesprochen wird.

Das Schreiben vom 07.05.2009 wird bekanntgegeben.

Derzeit weist die bestehende Betriebserlaubnis des Landratsamtes München vom 04.01.2007 136 Plätze plus 2 Notplätze aus.

Nachdem bei der diesjährigen Einschreibung der Kinder für den Hort eine starke Nachfrage entstanden ist, und diese Plätze auch, wie bereits im Gemeinderat berichtet, durch Tausch mit der Mittagsbetreuung bereitgestellt werden können, wird von der Verwaltung vorgeschlagen, nun eine Bedarfsanerkennung für insgesamt 151 Plätze auszusprechen.

248 17 Beschluss: 17 : 0

Der Gemeinderat spricht sich dafür aus, dass auf Antrag der Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Oberbayern e.V. gemäß Art.7 Abs.2 des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes (BayKiBiG) für den Kinderhort der Arbeiterwohlfahrt, Schulstraße 1, Unterföhring insgesamt 151 Plätze als Bedarf anerkannt werden.

Diese Bedarfsanerkennung ist stets widerruflich.

Das Gemeinderatsmitglied Herr Wieprecht hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.

Az.:
0.1; 2.1

Antrag der Schützengesellschaft Immergrün e.V. auf Übernahme der Kosten für den Hausanschluss und die Baukosten für die Wärmelieferung durch die GEOVOL Unterföhring GmbH für das Anwesen an der Kanalstraße 22

Das Gemeinderatsmitglied Herr
Rott verlässt um 20.15 Uhr den
Sitzungssaal.

Mit Schreiben vom 28.05.2009 stellt der Erste Schützenmeister Herr Donat Aigner einen Antrag auf Kostenübernahme des Hausanschlusses für die Geothermie und der Kosten für Installationsarbeiten.

17. Sitzung des Gemeinderates vom 18.06.2009

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Die geschätzten voraussichtlichen Kosten des Hausanschlusses betragen laut Beispielberechnung der GEOVOL GmbH für die Kanalstraße 22, Fl. Nr. 1205/76 € 6.452,78 (Stand März 2009).

Für die zusätzlich anfallenden Installationsarbeiten im Hause werden Kosten in Höhe von 3.500 € geschätzt.

Es wird beantragt, dass die Gemeinde Unterföhring die gesamten tatsächlichen Kosten übernimmt.

Laut Erbbaurechtsvertrag (Gemeinde ist Eigentümerin des Grundstücks) ist die Schützengesellschaft „Immergrün“ e. V. verpflichtet worden, auf dem Grundstück Kanalstraße 22 ein Schützenhaus mit Schießstand auf eigene Kosten zu errichten. Laut Gemeinderatsbeschluss vom 14.11.2007, Nr. G1021, erhält der Verein jährlich 10.000 € pauschal als Zuschuss für Betriebskosten einschließlich Heizkosten und für den Gebäudeunterhalt.

249 16 Beschluss: 16 : 0

Der Schützengesellschaft „Immergrün“ Unterföhring e. V. wird gemäß ihrem Antrag vom 28. Mai 2009 die Kostenübernahme in Höhe von 10.000 € für den geothermischen Hausanschluss der GEOVOL GmbH und die Kosten für die Installationsarbeiten im Hause bestätigt (evtl. außerplanmäßiger Zuschuss 2009).

Nach Vorlage der Rechnungen an die Schützengesellschaft Immergrün e. V. werden die tatsächlichen Kosten durch die Gemeinde Unterföhring Zug um Zug beglichen.

Diese Maßnahme stellt einen weiteren Baustein zur Umsetzung der gemeindlichen Energievision dar.

Die Mitglieder des Gemeinderats, Herr Rott und Herr Wieprecht, haben an der Abstimmung nicht teilgenommen.

Az.: 520
2.1; 1.1

Herr Rott kehrt in den Sitzungssaal um 22.20 Uhr zurück.

Realisierung des Kinderhauses Unterföhring Süd:

a) Vorlage der Genehmigungsplanung

b) Vorstellung der Entwurfsplanung für die Außenanlagen

a) Vorlage der Genehmigungsplanung

Herr Bürgermeister Schwarz erläutert die Planungen zum Neubau eines 10-gruppigen Kinderhauses an der Straßackerallee.

17. Sitzung des Gemeinderates vom 18.06.2009

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Die Baubeschreibung des Architekturbüros Hirner & Riehl, München, vom 18.05.2009 wird bekannt gegeben. Die Eingabepläne des Architekturbüros Hirner & Riehl, München, Stand 18.05.2009, werden zur Einsichtnahme vorgelegt. Die Gemeinderatsbeschlüsse vom 12.02.2009, Nr. 176 bis 178, werden in Erinnerung gebracht in denen die Bauweise Holzbau (mit ggf. notwendigen Ziegelementen) und die Dachform (Dachkonstruktion ist als flach geneigtes Dach mit bis zu 5° auszuführen) mit einer Photovoltaikanlage in aufgeständerte Montageausführung beschlossen wurden. In der Sitzung des Gemeinderates am 12.03.2009 wurde beschlossen, dass eine Tiefgarage für zusätzliche Stellplätze errichtet wird. Dies wurde in die Entwurfsplanung mit aufgenommen.

Herr Architekt Riehl erläuterte den Mitgliedern des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses in der Sitzung vom 26.05.2009 die weiteren Planungsgedanken. Auf Nachfrage des Bürgermeisters, wie die Geschossflächenmehrung von 307 m² zustande kommt, erklärte Herr Architekt Riehl, dass sich dies in den letzten Wochen im Verlauf des Planungsprozesses der Abstimmung mit den Fachplanern und mit der Arbeiterwohlfahrt (AWO) ergeben hat. Gemäß der Erläuterung des Architekturbüros Hirner & Riehl setzen sich diese 307 m² Geschossflächen derzeit wie folgt zusammen:

Fluchttreppenhaus Nord	31 m ²
Treppentürme	114 m ²
Schachtfächen für Raumluftechnik	19 m ²
Konstruktionsbedingte Vergrößerung der Gruppenräume EG + OG	15 m ²
Konstruktionsbedingte Vergrößerung von Ruheräumen EG + OG	15 m ²
Konstruktionsbedingte Vergrößerung von Kindersanitarräumen, incl. behindertengerechter Ausbau einer Einheit	8 m ²
Angepasste Dämmstärken der Außenwände 4,7 %	<u>105 m²</u>
	307 m ²

Bei einer gemeinsamen Besprechung mit den Vertretern des künftigen Betreibers der Arbeiterwohlfahrt und dem Planerteam am 19.03.2009 konnte festgehalten werden, dass durch das Betreiberkonzept der Arbeiterwohlfahrt (AWO) keine reine Frischküche geplant wird. Das Betreiberkonzept der Arbeiterwohlfahrt sieht vor, dass auch Lebensmittelkomponenten in Tiefkühlform verwendet werden sollen. Eine ausschließliche Frischküche bedeutet, dass ein höherer Personaleinsatz und größerer Raumbedarf (weitere Lager- und Kühlräume) erforderlich sind. Dies erhöht die laufenden Personal- und Sachaufwandskosten. Die Küchenplanung wurde nach Vorgabe der Vertreter der Arbeiterwohlfahrt am 19.03.2009 in die aktuelle Planung mit aufgenommen.

Für das zur Bebauung anstehende Gebiet besteht der rechtskräftige Bebauungsplan Nr. 73/03, Straßäckerallee. Im Zuge der Planungsschritte wurde vom Gemeinderat beschlossen, eine Tiefgarage vorzusehen und eine Erhöhung der bisher festgesetzten Geschossfläche von 1.800 m² um 300 m² auf 2.100 m². Darüber hinaus sollen oberirdische Stellplätze an der Nordseite des geplanten Kinderhauses angeordnet und hergestellt werden. Derzeit wird der Entwurf des Änderungsbebauungsplans Nr. 73b/09, Kinderhaus an der Straßäckerallee, durch das Architekturbüro Schreiber, München, ausgearbeitet.

17. Sitzung des Gemeinderates vom 18.06.2009

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Gemäß Gemeinderatsbeschluss vom 27.01.2009, Nr. G 144, soll die Energieversorgung (Heizung und Warmwasser) zu 50 % über Fernwärme und zu 50 % durch eine Wärmepumpe (Grundwasser) eingeplant werden.

Bei den durchgeführten Grundwasserpumpversuchen durch das Ingenieurbüro Grundbaulabor, München, wurde festgestellt, dass das Grundwasser nicht in ausreichender Menge vorhanden ist. Auf die abschließende Stellungnahme des Grundbaulaborbüros München vom 09.06.2009, ProjektNr. P09077, wird verwiesen. Der Einsatz einer Grundwasserpumpe, wie vom Gemeinderat ursprünglich befürwortet, ist nicht umzusetzen. Aus diesem Grund werden folgende Alternativen untersucht und gegenübergestellt (Investitionskosten, laufende Kosten etc.):

- 100 % Fernwärme
- statt Wärmepumpe ein solarthermisch betriebener, saisonaler Wärmespeicher

Nach Prüfung des Ingenieurbüros Tremmel, München (Fachplaner für Heizung, Lüftung, Sanitär), wird saisonale Wärmespeicheranlage als eine Alternative zur Wärmepumpe solarthermisch geprüft. Es wird eine Gegenüberstellung der möglichen Alternativen einschließlich Kostenvergleich ausgearbeitet und dem Gemeinderat vorgelegt.

In der Gemeinderatsvorinformation am 15.06.2009 wurden dem Gemeinderat die drei untersuchten Varianten vorgestellt und näher erläutert:

Variante 1

95 % saisonaler Wärmespeicher – 5 % Fernwärme - 170m² Photovoltaikan-
nee

Investitionskosten brutto

saisonale Wärmespeicheranlage mit Solaranlage	271.000 €
Fernwärme	23.800 €
Photovoltaikanlage	143.000 €
Gesamt	437.800 €

Kosten Heizung und Brauchwasserwärme /Jahr brutto

Fernwärme	100 €
Strom für Pumpenanlage	400 €

Ertrag/Jahr brutto

Photovoltaikanlage	8.300 €
--------------------	---------

Summe Ertrag/Jahr brutto

Differenz zw. Heizkosten und Ertrag der Photovoltaikanlage	7.800 €
--	---------

Externer Primärenergiebedarf

Fernwärme + Strom für Pumpenanlage	5.000 kWh
------------------------------------	-----------

17. Sitzung des Gemeinderates vom 18.06.2009

Lfd. Nr. Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Variante 2

100 % Fernwärme – 520 m² Photovoltaikpaneele

Investitionskosten brutto

Fernwärme	23.800 €
Photovoltaikanlage	433.500 €
Gesamt	457.300 €

Kosten Heizung und Brauchwasserwärmung /Jahr brutto

Fernwärme	17.500 €
-----------	----------

Ertrag/Jahr brutto

Photovoltaikanlage	25.000 €
Differenz zw. Heizkosten und Ertrag der Photovoltaikanlage	7.500 €
Externer Primärenergiebedarf	
Fernwärme	130.000 kWh

Variante 3

50 % saisonaler Wärmespeicher – 50 % Fernwärme – 260 m² Photovoltaikpaneele

Investitionskosten brutto

Saisonale Wärmespeicheranlage mit Solaranlage	188.000 €
Fernwärme	23.800 €
Photovoltaikanlage	234.500 €
Gesamt	446.300 €

Kosten Heizung und Brauchwasserwärmung / Jahr brutto

Fernwärme	5.330 €
Strom für Pumpenanlage	170 €

Ertrag/Jahr brutto

Photovoltaikanlage	13.600 €
Differenz zw. Heizkosten und Ertrag der Photovoltaikanlage	8.100 €
Externer Primärenergiebedarf	
Fernwärme	65.000 kWh

250 17 Beschluss: 17 : 0

Der Gemeinderat stimmt der Energievariante 1 – 95 % saisonaler Wärmespeicher - 5 % Fernwärme – 170 ² Photovoltaikpaneele mit Investitionskosten in Höhe von 437.800 € brutto zu.

Für das zur Bebauung anstehende Gebiet wird der rechtskräftige Bebauungsplan Nr. 73/03, Straßäckerallee den Planungen für das Kinderhaus angepasst.

Für das Bauvorhaben Kinderhaus an der Straßäckerallee sind 15 oberirdische Stellplätze und 19 Tiefgaragenstellplätze geplant.

17. Sitzung des Gemeinderates vom 18.06.2009

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Die vorgelegte Planung des Architekturbüros Hirner & Riehl, München, vom 18.05.2009 weist eine Geschossfläche von ca. 2.407 m² aus und entspricht in diesem Punkt nicht dem Gemeinderatsbeschluss vom 12.02.2009, Nr. 177, in dem einer Geschossfläche von insgesamt 2.100m² (1.800 m²+ 300 m²) zugestimmt wurde. Aus der Mitte des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses (Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss vom 26.05.2009) wurde an die ursprüngliche Vorentwurfssplanung erinnert, in der Spiel- und Fluchtstege vom Gebäude aus vorgesehen waren. Herr Architekt Riehl erklärt hierzu, dass die ursprünglich vorgestellten Spiel- und Fluchtstege auf Grund des Brandschutzkonzeptes nicht realisiert werden können. Der Bürgermeister regt an, dieses ursprüngliche Planungskonzept unter Einbindung des Landratsamtes München (Brandschutz) noch einmal zu prüfen und stellt weiter fest, dass für zehn Gruppen insgesamt nur neun Abstellräume eingeplant sind. Herr Architekt Riehl erklärt, dass das mit der Arbeiterwohlfahrt so abgestimmt ist.

Weiter wurde die Anregung aus dem Gremium vorgebracht, dass die Küchen-/(Frischküchen-) Konzeption noch einmal überprüft werden soll unter Einbeziehung der Arbeiterwohlfahrt als Betreiberin und einer möglichen Zusammenarbeit mit der Pflegeeinrichtung an der Hofäckerallee. Die Pflegeeinrichtung an der Hof-äckerallee verfügt über eine entsprechende Küchenkapazität und könnte das Kinderhaus mitversorgen. Dem Gemeinderat ist das Küchenkonzept vorzulegen.

Die Ausführungen zum geplanten Küchenkonzept im neuen Kinderhaus des Küchenplaners, Herrn Helfer, vom 15.06.2009, wurden dem Gemeinderat in der Gemeinderatsvorinformation am 15.06.2009 ausführlichst dargelegt. Ferner wurde durch den Betreiber der Pflegeeinrichtung an der Hofäckerallee, Herrn Meurer, das Konzept der Pflegeeinrichtung persönlich erläutert. Nachrichtlich wird seitens der Verwaltung auf die Stellungnahme der Arbeiterwohlfahrt zu dieser Thematik hingewiesen.

Der Vorsitzende schlägt um 20.50 Uhr eine dreiminütige Sitzungsunterbrechung vor. Die Sitzung wird dann um 20.55 Uhr fortgesetzt.

Herr Wieprecht kehrt um 20.27
Uhr zurück.

251 18 Beschluss: 18 : 0

Der Gemeinderat stimmt einer externen Essensbelieferung für das neue Kinderhaus dem Grunde nach zu. Die entsprechenden Abstimmungen hierzu sind zwischen allen Beteiligten auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten vorzunehmen. Eine bauliche Änderung innerhalb der Küchenplanung wird nicht vorgenommen.

Der Bürgermeister bringt den Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschussbeschluss vom 26.05.2009, Nr. 144, zur Kenntnis, in dem beschlossen wurde, dass vor einer weiteren Behandlung des Bauantrages (Stand 18.05.2009) die unbedingte Notwendigkeit der Geschossflächenmehrung sowie das Fluchtwegkonzept (Spielstege, Fluchtwege) zu prüfen und daraufhin dem

17. Sitzung des Gemeinderates vom 18.06.2009

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Gemeinderat zur endgültigen Entscheidung vorzulegen ist.

Die Eingabeplanung des Architekturbüros Hirner & Riehl, München, ist das Ergebnis einer möglichst genauen Umsetzung des beschlossenen Raumprogramms. Es ist auch das Ergebnis des vertiefenden Planungsprozesses vom Vorentwurf zur Entwurfsplanung, der Abstimmung mit dem Fachingenieuren und dem baulichen Brandschutz.

Es besteht nach nochmaliger Überarbeitung der Gebäudekubatur die Möglichkeit, die Geschossfläche um ca. 20 m² zu reduzieren, in dem eine Verschmälerung des gesamten Gebäudes um 20 cm vorzunehmen wäre.

Dadurch blieben alle betroffenen Räume innerhalb der im Raumprogramm festgelegten Größe bis auf den Gruppenraum 5, der das Raumprogramm mit 48 m² um rund 2 m² unterschreiten würde.

Darüber hinaus kann das Fluchttreppenhaus Nord mit ca. 31 m² Geschossfläche aus Brandschutzgründen nicht entfallen. In Absprache mit der Städtebauplanerin, Frau Architektin C. Schreiber, München, können die ursprünglichen Treppentürme (ca. 114 m²) im Bebauungsplan als geschossflächenneutral entsprechend festgesetzt werden. Unabhängig der Entscheidung des Gemeinderates für das auszuwählende Flucht- und Spielstegekonzept bleiben diese Komponenten ohne Auswirkung bei der Geschossfläche.

Durch diese Maßnahmen reduziert sich die zusätzliche Geschossfläche (Planungsstand 18.05.2009) von 307 m² auf 173 m². Eine Reduzierung der Flächen bis zum Erreichen einer Geschossfläche von 2.100 m² gemäß dem Gemeinderatsbeschluss hätte eine erhebliche Unterschreitung des Raumprogramms zur Folge und würde eine grundlegende Umplanung erfordern.

Gemäß der Anregung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 26.05.2009 wurde der ursprüngliche Planungsgedanke eines Spielsteiges erneut geprüft und folgende zwei Varianten ausgearbeitet. Beim Planungsansatz 1 wäre die notwendige Rampenlänge bei 6 % Gefälle rund 90 m. Auf Grund der Grundstücksgrenzen wären dadurch im Westen und im Süden je 4 Läufe mit je 22,50 m erforderlich. Beim Planungsansatz 2 würden die bisher geplanten Flucht- und Spieltürme vollständig entfallen. Für das Brandschutzkonzept würden drei Fluchttreppen eingeplant und ein eigenständiger Spielsteg im Westen des Grundstücks. Bei diesem Planansatz ist eine funktionale Trennung zwischen Fliehen und Spielen gegeben. Die Fluchttreppen stellen die platzsparendste Lösung dar. Der Spielsteg kann rein als Spielgerät ohne funktionale Kompromisse gestaltet werden. Die Freifläche im Süden bleibt als unzerteilte Spielwiese erhalten und die Gestaltung des Kinderhauses (Entfall der Türme) zur Vorlage bei der Genehmigungsbehörde (Landratsamt München) bleibt erhalten.

252 18 Beschluss: 18 : 0

Der Gemeinderat akzeptiert eine nochmalige Erhöhung der Geschossflächenzahl um max. 173 m² auf insgesamt 2.273 m². Die entsprechende Geschossflächenzahl wird im Bauleitverfahren aus dem WA 37-39 herausgenommen und genehmigt soweit die Planungen, Stand 18.05.2009, zur Vorlage bei der Baugenehmigungsbehörde (Landratsamt München).

17. Sitzung des Gemeinderates vom 18.06.2009

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Die Fluchttreppen und Stege sind bei der Außenanlagenplanung nochmals zu überarbeiten und dem Gemeinderat vorzulegen.

b) Vorstellung der Entwurfsplanung für die Außenanlagen

Die Entwurfsplanung des Landschaftsarchitekten Professor Kagerer vom 30.04.2009 wird zur Einsichtnahme vorgelegt. Auf die Besprechungsnotiz des Architekturbüros Hirner & Riehl, München, vom 04.05.2009, in dem die Arbeiterwohlfahrt (AWO) der Freiflächenplanung zugestimmt hat, wird hingewiesen. Auf den Erläuterungsbericht des Landschaftsarchitekturbüros Kagerer, Ismaning, vom 30.04.2009 zu Spielflächen, Wasserspielplatz, Einfriedung, Bepflanzung, Erschließung, Zugang und Eingangshof sowie Pflegezufahrt, der mit der Sitzungseinladung an die Gemeinderatsmitglieder zugestellt wurde, wird verwiesen. Auf die Haftungsfrage und Folgekosten bei der Realisierung des geplanten Wasserspielplatzes wird besonders hingewiesen.

Auf Grund der vorgestellten Planungsänderung bezüglich der Flucht- und Spielstege sind die Außenanlagen neu zu überarbeiten.

Die Erfahrungen anderer Kindereinrichtungen in den Nachbargemeinden mit Wasserspielplätzen sind gegenläufig. Wasserspielplätze werden aller Erfahrung nach nur bei absoluten Schönwetterperioden mit durchgängig 30° genutzt, sofern ausreichend Personalkapazität vorhanden ist.

253 18 Beschluss: 18 : 0

Der Gemeinderat stimmt der Entwurfsplanung für die Außenanlagen, Stand 30.04.2009, des Landschaftsarchitekturbüros Professor Kagerer, Ismaning, vom 30.04.2009 dem Grunde nach zu. Auf Grund der vorgestellten Planungsänderung bezüglich der Fluchttreppen und -stege sind die Außenanlagen in diesen Bereichen nochmals zu überplanen.

Wasserspielmöglichkeiten sind in noch festzulegender Form vorzusehen.

Az 6010/3
3.4; 2.1; 3.3

Realisierung des Bürgerhauses Unterföhring:

a) Sachstands- und Kostenbericht

b) Auftragsvergaben (Projektänderungsanträge)

a) Sachstands- und Kostenbericht

Der Bürgermeister berichtet, dass in der Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses am 26.05.2009 eine Beschlussfassung über die vorgelegten Projektänderungsanträge zur Realisierung des Bürgerhauses in Unterföhring nicht erfolgt ist.

17. Sitzung des Gemeinderates vom 18.06.2009

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

In dieser Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusssitzung wurde den Mitgliedern der aktuelle Sachstand, die Projektentwicklung und der Entwurf zum geplanten Marktdach durch Herrn Architekt Bez von der Werkgemeinschaft Guttenberger, Stuttgart, erläutert. Die Planung für das Marktdach ist soweit abgeschlossen, dass die Ausschreibungsunterlagen erstellt werden können. Aus der Mitte des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses wurde insbesondere auf die Statik (Schnee- und Windlasten), Reinigungsfreundlichkeit und die Möglichkeit nicht nur die Regenfallrohre zu beheizen, sondern auch die umlaufende Dachkante (Vermeidung von Schnee- und Eisbildung) hingewiesen. Herr Bez erklärte hierzu, dass die Fachplaner für Statik die Schneelasten entsprechend berücksichtigen und noch geprüft wird, ob eine umlaufende Dachkantenheizung möglich ist. Das Marktdach wird mit einer Fläche von 625 m² und einer Höhe von 8,00 m in Stahlbaukonstruktion geplant. Die Dachhaut besteht aus einer Art begehbaren Folienkissen (ca.25 m² je Segment), die äußerst strapazierfähig sind. Die Folie ist schwer entflammbar, nicht brennend abtropfend, im Brandfall löst sich die Folie auf und ein Entlüftungsloch entsteht. Bei sehr großen Hagelkörnern kann eine Deformation der Oberfolie eintreten, eine Zerstörung hingegen nicht.

Die Rohbauarbeiten werden nach derzeitigem Stand vor der Sommerpause 2009 abgeschlossen. Anschließend wird mit den weiteren Ausbaugewerken begonnen (Aufzüge, Schlosserarbeiten, Akustikarbeiten etc.).

Derzeit stehen noch die Auftragsvergaben für das Leistungspaket 3 aus, die in der heutigen Gemeinderatssitzung behandelt werden. Der Gemeinderat hat bisher insgesamt rund 28,6 Mio. € für die Realisierung des Bürgerhauses genehmigt. In der Gemeinderatssitzung vom 14.05.2009 wurde das Gewerk Außenanlagen Bürgerhaus und die Maßnahme Kriegerdenkmal mit einer Auftragssumme von insgesamt 1.659.957,79 € brutto vergeben.

Folgende Aufteilung bezüglich der Haushaltsstellen ist vorzunehmen:

	KOB 10.11.2008	Submissions- ergebnis	Mehr-/ Min- derkosten
Maßnahme Kriegerdenkmal HHSt. 5800.	154.700,00 € 16.12.2008 BA G40	136.581,83 €	18.118,17 € Minderkosten
Außenanlagen Bürgerhaus HHSt. 7601.	1.314.516,88 €	1.523.375,96 €	208.859,08 € Mehrkosten

Der Bürgermeister gibt das Ergebnis des gemeinsamen Planungsgesprächs vom 03.06.2009 bekannt, in dem Anregungen durch den künftigen Kulturamtsleiter Herrn Ramadan behandelt wurden. Zu diesem Planungsgespräch waren die Fraktionsvorsitzenden, weitere Bürgermeister, Herr Ramadan, Herr Settele, die Fachplaner und die Verwaltung eingeladen.

Dabei verwies der Bürgermeister noch einmal auf die Genehmigungsplanung, in der keine Teilbarkeit des großen Saals mehr vorgesehen ist. Die Teilbarkeit des großen Saals war in der Wettbewerbsauslobung 2006 durch den Gemeinderat festgelegt.

17. Sitzung des Gemeinderates vom 18.06.2009

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

254 18 Beschluss: 10 : 8

Der Gemeinderat nimmt den Sachstands- und Kostenbericht und dass eine Teilbarkeit des großen Saals nicht realisiert wird, zustimmend zur Kenntnis.

b) Auftragsvergaben (Projektänderungsanträge)

Gemeinsam mit dem Projektsteuerungsbüro BIP, München, und den Fachplanern wurden die Auftragsvergaben und die Projektänderungsanträge geprüft und zur Behandlung vorgelegt.

ba) Auftragsvergabe Gewerk Tore (Tiefgarage, Bühne, Lager) PÄA Nr. 55:

Das Gewerk Tore (Tiefgarage, Bühne, Lager) wurde mit dem LV-Paket 3 ausgeschrieben. Unter anderem wurde in diesem Gewerk ein Rolltor mit der brandschutzrechtlichen Anforderung T30 (Feuerschutz mit einer Feuerwiderstandsdauer von mindestens 30 Minuten) für die Kartenvorverkaufstheke im Erdgeschoss ausgeschrieben, welches zur ursprünglichen Planung als Rauchschutzvorhang (Projektänderungsantrag Nr. 16) angedacht war. Gemäß der genehmigten Kostenberechnung vom 10.11.2008 stehen Kosten in Höhe von ca. 70.200,- € brutto für das Gewerk Tore inkl. Rolltor Kartenvorverkaufstheke zur Verfügung. Nach Prüfung der Submissionsunterlagen beträgt das Submissionsergebnis 94.832,29 € brutto. Dies ergibt Mehrkosten in Höhe von 24.632,29 € brutto zur genehmigten Kostenberechnung vom 10.11.2008.

Die Kostenmehrung ist u. a. auf Grund der geforderten Brandschutzanforderung (Rolltor T-30) gemäß Projektänderungsantrag Nr. 55 sowie die Angebotssituation bei der öffentlichen Ausschreibung entstanden. In Abstimmung mit dem Fachplaner für Brandschutz Fa. Kersken + Kirchner, München, kommt nun ein Rolltor T30 zur Ausführung (Rolltor T30-RS ist derzeit nicht erhältlich). Die Wärmeabschottung (bei T30 Tor enthalten) ist gemäß der Beurteilung des Fachplaners für Brandschutz, Herrn Mödl, vorrangig gegenüber der Rauchdichtheit nach DIN 18095.

Im Rahmen der EU-weiten öffentlichen Ausschreibung haben sich insgesamt 14 Bieter an der öffentlichen Ausschreibung beteiligt. Zur Submission am 14.04.2009 wurden insgesamt vier Angebote eingereicht.

Nach der rechnerischen und fachtechnischen Prüfung durch die Werkgemeinschaft Guttenberger, Stuttgart, vom 29.04.2009 konnten zwei Angebote zur Wertung zugelassen werden. Zwei Angebote wurden auf Grund formeller Gründe ausgeschlossen. Gemäß des Vergabevorschlages der Werkgemeinschaft Guttenberger, Stuttgart, vom 29.04.2009 und nach Überprüfung durch das Projektsteuerungsbüro BIP, München, vom 08.05.2009 ergibt sich für die ersten zwei Bieter folgende Rangfolge:

17. Sitzung des Gemeinderates vom 18.06.2009

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

- | | |
|--|------------------------------|
| 1. Jansen Brandschutz Tore,
Am Wattberg 51, 26903 Surwold | 94.832,29 € brutto 100 % |
| 2. Fritz Tür + Tor GmbH,
Edisonstr. 8, 86199 Augsburg | 137.359,32 € brutto 144,84 % |

Gemäß Schreiben der Werkgemeinschaft Guttenberger, Stuttgart, vom 29.04.2009 wird vorgeschlagen, der Fa. Jansen Brandschutz Tore, Am Wattberg 51, 26903 Surwold, gemäß Angebot vom 06.04.2009 den Auftrag mit einer Auftragssumme von 94.832,29 € brutto als wirtschaftlichsten Bieter zu erteilen.

255 18 Beschluss: 18 : 0

Der Auftragserteilung für die Tore (Tiefgarage, Bühne, Lager) – Realisierung Bürgerhaus - an die Firma Jansen Brandschutz Tore, Am Wattberg 51, 26903 Surwold, gemäß Angebot vom 06.04.2009 mit einer Angebotssumme von 94.832,29 € brutto, als wirtschaftlichsten Bieter, wird zugestimmt.

Der Gemeinderat stimmt den Mehrkosten in Höhe von insgesamt 24.632,29 € brutto zu.

Die Ausgabe ist unter der Haushaltsstelle 7601.9420, Unterkonto 60 Ausstattung und Kunstwerk, zu verbuchen.

bb) Auftragsvergabe Gewerk Tischlerarbeiten-Türen PÄA Nr. 52-54:

Das Gewerk Tischlerarbeiten-Türen wurde mit dem LV-Paket 3 ausgeschrieben. Gemäß der genehmigten Kostenberechnung vom 10.11.2008 wurden Kosten in Höhe von 247.992,00 € brutto für das Gewerk Tischlerarbeiten-Türen beschlossen. Von dem genehmigten Kostenbetrag werden 64.260,00 € brutto für Saaltüren mit Akustikverkleidung in das Gewerk Akustik und 24.000,00 € brutto für Rohrrahmentüren in das Gewerk Fassade übertragen. Dadurch stehen für das Gewerk Tischlerarbeiten – Türen insgesamt 159.732,00 € brutto zur Verfügung. Nach Prüfung der Submissionsunterlagen beträgt das Submissionsergebnis 355.743,36 € brutto. Das ergibt einen Mehrkostenbetrag in Höhe von 196.011,36 € brutto zur genehmigten Kostenberechnung vom 10.11.2008.

Die Kostenmehrung ist auf Grund der zu niedrig angesetzten Einheitswerte bei der Kostenberechnung vom 12.11.2007 durch die Werkgemeinschaft Guttenberger, Stuttgart, sowie aus nachträglichen Brandschutzanforderungen (Brandschutztüren mit elektromechanischer Feststellung mit Rauchsteuerung) und aufwändigen Schallschutzanforderungen bei zahlreichen Türen zwischen unterschiedlichen Bereichen entstanden. Darüber hinaus wurde zusätzlich die Brandschutzverglasung F90 zwischen Foyer und der Bibliothek im Gewerk Innentüren (veranschlagte Kosten mit ca. 121.380,00 € brutto PÄA 53) mit ausgeschrieben, da dies von den Objektplanern versäumt wurde. Im Zuge der Werkplanung wird für die Türe im Restaurant zwischen Küche und Theke eine Schiebetür mit elektrischem Antrieb und Fußrastern, jedoch mit der Anforderung T30-RS (Brand- und Rauchschutz) gefordert

17. Sitzung des Gemeinderates vom 18.06.2009

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

(veranschlagte Kosten von ca. 16.000,- € brutto, PÄA 54).

Von der Werkgemeinschaft Guttenberger, Stuttgart, wurden folgende Einsparvorschläge vorgelegt:

Durch Weglassen der Schichtstofflage an den Türblättern (ca. 150 Türen) würde eine Kosteneinsparung in Höhe von ca. 8.300,00 € brutto erzielt werden können. Des Weiteren könnte die geplante Automatik-Schiebetüre im Restaurant/Küchenbereich (EG) als zwei Türen (normale Türe T30-RS mit Feststellung) ausgeführt werden und dadurch rund 6.500,00 € brutto eingespart werden. Insgesamt besteht ein Einsparpotenzial von ca. 14.800,- € brutto.

Weitere Einsparmöglichkeiten konnte die Werkgemeinschaft Guttenberger, Stuttgart, nicht vorlegen.

Im Rahmen der EU-weiten öffentlichen Ausschreibung haben sich insgesamt 15 Bieter an der öffentlichen Ausschreibung beteiligt. Zur Submission am 15.04.2009 wurden insgesamt vier Angebote eingereicht.

Nach der rechnerischen und fachtechnischen Prüfung durch die Werkgemeinschaft Guttenberger, Stuttgart, vom 27.05.2009 konnten alle Angebote zur Wertung zugelassen werden. Auf Grund des Vergabevorschlages der Werkgemeinschaft Guttenberger, Stuttgart, vom 27.05.2009 und nach Überprüfung durch das Projektsteuerungsbüro BIP, München, vom 27.05.2009 ergibt sich für die ersten drei Bieter folgende Rangfolge:

- | | |
|---|------------------------------|
| 1. Schreinerei Alfred Kupecki,
Gewerbestrasse 7, 84428 Buchbach | 355.743,36 € brutto 100 % |
| 2. Baierl & Demmelhuber Innenausbau GmbH,
Cranachstraße 5, 84513 Töging am Inn | 389.555,26 € brutto 109,50 % |
| 3. Bauer Innovativ GmbH,
Hans-Sachs-Str. 11, 84503 Altötting | 408.015,30 € brutto 114,69 % |

Gemäß Schreiben der Werkgemeinschaft Guttenberger, Stuttgart, vom 27.05.2009 wird vorgeschlagen, der Fa. Alfred Kupecki Gewerbestrasse 7, 84428 Buchbach, den Auftrag mit einer Auftragssumme von 355.743,36 € brutto als wirtschaftlichsten Bieter zu erteilen.

Eine Deckung für die Mehrkosten in Höhe von 196.011,36 € brutto ist nicht gegeben, da in der Gemeinderatssitzung vom 14.05.2009 bereits alle Vergabegewinne zur Deckung gegen gerechnet wurden. Eine Minderung dieser Mehrkosten kann nur durch weitere Einsparungen erzielt werden.

256 18 Beschluss: 18 : 0

Der Auftragserteilung für die Tischlerarbeiten-Türen – Realisierung Bürgerhaus - an die Firma Alfred Kupecki Gewerbestrasse 7, 84428 Buchbach,

17. Sitzung des Gemeinderates vom 18.06.2009

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

gemäß Angebot vom 08.04.2009 mit einer Angebotssumme von 355.743,36 € brutto, als wirtschaftlichsten Bieter, wird zugestimmt.

Der Gemeinderat stimmt den Mehrkosten in Höhe von 196.011,36 € brutto zu. Die Ausgabe ist unter der Haushaltsstelle 7601.9420, Unterkonto 60 Ausstattung und Kunstwerk, zu verbuchen.

bc) Auftragsvergabe Gewerk Akustikwände und –decken:

Das Gewerk Akustikwände und -decken wurde mit dem LV-Paket 3 ausgeschrieben. Gemäß der genehmigten Kostenberechnung vom 10.11.2008 wurden Kosten in Höhe von 430.720,50 € brutto für das Gewerk Akustik beschlossen. Die Kostenmehrung ist unter anderem durch eine Verschiebung von Teilelementen (Streckmetalldecken) aus dem Gewerk Schlosserarbeiten I und II entstanden. Die Streckmetalldecken im Saal, Foyer und Bibliothek waren in der KOB vom 10.11.2008 noch im Gewerk Schlosserarbeiten mit veranschlagten Kosten in Höhe von 75.100,00 brutto vorgesehen. Aus Gründen der Montage und der Gewährleistung wurde Streckmetalldecken ins Gewerk Akustik übernommen. Dieser Betrag von ca. 75.100,00 € brutto wurde in der Gemeinderatssitzung vom 14.05.2009 als Vergabegewinn zur Deckung gegengerechnet und kann nicht mehr herausgezogen werden.

Im Gewerk Akustik wurden auch teilweise Leistungen aus dem Gewerk Türen (Saaltüren mit Akustikbekleidung) mit veranschlagten Kosten von ca. 64.240,00 € brutto mit ausgeschrieben. Dieser Betrag wurde bisher noch nicht berücksichtigt und kann zur Deckung herangezogen werden. Somit stehen für das Gewerk Akustikwände und –decken insgesamt 494.980,50 € (430.720,50 € + 64.260,00 €) brutto zur Verfügung.

Nach Prüfung der Submissionsunterlagen beträgt das Submissionsergebnis 605.306,71 € brutto. Dies ergibt einen Mehrkostenbetrag in Höhe von 110.326,21 € brutto zur genehmigten Kostenberechnung vom 10.11.2008 und Hinzurechnung von 64.260,00 € brutto aus dem Gewerk Türen.

Eine Deckung für die Mehrkosten in Höhe von 110.326,21 € brutto ist nicht gegeben. Eine Minderung dieser Mehrkosten kann nur durch weitere Einsparungen bei anderen Gewerken erzielt werden.

Weiteres Einsparpotenzial oder Reduzierungsmöglichkeiten ist gemäß Schreiben vom 25.05.2009 der ARGE Werkgemeinschaft Guttenberger ohne erhebliche Abstriche bei der ausgeführten und gewünschten Qualität möglich.

Im Rahmen der EU-weiten öffentlichen Ausschreibung haben sich insgesamt 17 Bieter an der öffentlichen Ausschreibung beteiligt. Zur Submission am 15.04.2009 wurden insgesamt fünf Angebote eingereicht.

Nach der rechnerischen und fachtechnischen Prüfung durch die Werkgemeinschaft Guttenberger, Stuttgart, vom 29.04.2009 konnten alle Angebote zur Wertung zugelassen werden. Auf Grund des Vergabevorschlages der Werkgemeinschaft Guttenberger, Stuttgart, vom 29.04.2009 und nach

17. Sitzung des Gemeinderates vom 18.06.2009

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Überprüfung durch das Projektsteuerungsbüro BIP, München, vom 26.05.2009 ergibt sich für die ersten drei Bieter folgende Rangfolge:

- | | |
|--|------------------------------|
| 1. Ries Akustik-Innenausbau,
Raiffeisenstraße 2a, 86733 Alerheim | 605.306,71 € brutto 100 % |
| 2. Innenausbau Kammermeier,
Schauflinger Str. 6, 94469 Deggendorf | 677.493,12 € brutto 111,93 % |
| 3. Schreinerei Vogl GmbH,
Dorfstr. 16, 94439 Roßbach | 819.283,47 € brutto 135,35 % |

Gemäß Schreiben der Werkgemeinschaft Guttenberger, Stuttgart, vom 29.04.2009 wird vorgeschlagen, der Fa. Ries Akustik-Innenausbau, Raiffeisenstraße 2a 86733 Alerheim, den Auftrag gemäß Angebot vom 14.04.2009 mit einer Auftragssumme von 605.306,71 € brutto als wirtschaftlichsten Bieter zu erteilen.

257 18 Beschluss: 18 : 0

Der Auftragserteilung für die Akustikwände- und decken – Realisierung Bürgerhaus - an die Firma Ries Akustik-Innenausbau, Raiffeisenstraße 2a 86733 Alerheim, gemäß Angebot vom 14.04.2009 mit einer Angebotssumme von 605.306,71 € brutto, als wirtschaftlichsten Bieter, wird zugestimmt.

Der Gemeinderat stimmt den Mehrkosten in Höhe von 110.326,21 € brutto zu.

Die Ausgabe ist unter der Haushaltsstelle 7601.9420, Unterkonto 60 Ausstattung und Kunstwerk, zu verbuchen.

Der Bürgermeister bringt zur Kenntnis, dass die Projektänderungsanträge (PÄA) 58 bis 62 zur Realisierung des Bürgerhauses in Unterföhring eingereicht wurden. Die Projektänderungsanträge 58 bis 61 wurden durch Herrn Bez von der ARGE Werkgemeinschaft Guttenberger, Stuttgart, in der Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses am 26.05.2009 erläutert.

bd) PÄA 58 und PÄA 59, Gewerk Fliesenarbeiten

In der Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 26.05.2009 wurde durch Herrn Bez von der ARGE Werkgemeinschaft Guttenberger, Stuttgart, das Fliesenkonzept erläutert und eine Materialauswahl vorgelegt. In der genehmigten Kostenberechnung vom 12.11.2007 wurden für das Gewerk Fliesen/Plattenarbeiten (Objektfliesen 30 x 30 cm und 15 x 15 cm) Kosten in Höhe von 87.970,25 € brutto berücksichtigt. Im Zuge der Werk- und Detailplanung sind folgende Planungsänderungen (PÄA 58 + 59) von der Werkgemeinschaft Guttenberger, Stuttgart, eingerechnet worden:

- Zusätzliche Kosten gegenüber der Kostenberechnung vom 12.11.2007 für die sehr hochwertigen großformatigen Steinzeugfliesen (60 x 120 cm)

17. Sitzung des Gemeinderates vom 18.06.2009

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

in den an die Foyers angeschlossenen WCs (UG, 1. und 2. OG) in Höhe von ca. 27.500,- € brutto.

- Zusätzliche Kosten für zehn Waschtische aus acrylgebundenem Mineralwerkstoff mit von Wand zu Wand durchgehender Platte in den an die Foyers angeschlossenen WCs (UG, 1. und 2. OG) in Höhe von ca. 15.000,- € brutto.
- Großformatigen Steinzeugfliesen (60 x 120 cm) in Höhe von ca. 4.000,-€ brutto in der Bibliothek.
- Großformatige Steinzeugfliesen (60 x 120 cm) in den Gäste-WCs des Restaurants in Höhe von ca. 4.000,- € brutto.
- Zusätzliche Kosten für die vier Waschtische aus acrylgebundenem Mineralwerkstoff mit von Wand zu Wand durchgehender Platte in Höhe von ca. 6.000,- € brutto für die WCs in der Bibliothek und im Restaurant (Gäste-WC).

Die Gesamtmehrkosten betragen für den oben genannten erhöhten Standard insgesamt 56.500,00 € brutto.

Auf Anregung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses in der Sitzung vom 26.05.2009 sollten die Planer einen Vorschlag für reduzierte Maße der Steinzeugfliesen vorlegen. Diese Vorschläge sind in die Projektänderungsanträge Nr. 58 a und 59 a vom 10.06.2009 (eingegangen bei der Gemeinde am 15.06.2009) eingearbeitet. Gemäß Projektänderungsantrag Nr. 58 a könnten im Sanitärbereich (mit den im Foyer angeschlossenen WCs) die Bodenfliesen mit 60 x 30 cm und die Wandfliesen mit 60 x 60 cm bzw. 60 x 30 cm ausgestattet werden. Die Mehrkosten gegenüber der Kostenberechnung vom 10.11.2008 belaufen sich auf ca. 16.000,- € brutto.

Der Projektänderungsantrag Nr. 59 a beinhaltet einen Ausführungsvorschlag für die Boden- und Wandfliesen im Sanitärbereich Bibliothek und Restaurant. Dabei könnten die Boden- und Wandfliesen ebenfalls auf die reduzierten Maße 60 x 60 cm bzw. 60 x 30 cm für die Bodenfliesen und für die Wandfliesen auf 60 x 30 cm reduziert werden. Die Mehrkosten für die Boden- und Wandfliesen im Sanitärbereich Bibliothek und Restaurant belaufen sich gegenüber der Kostenberechnung vom 10.11.2008 auf ca. 5.000,- € brutto.

258 18 Beschluss: 18 : 0

Der Gemeinderat stimmt den Projektänderungsanträgen Nr. 58 und 59 in Verbindung mit PÄA Nr. 58a und 59a mit folgenden Maßgaben zu:

- Die den Foyers angeschlossenen WCs (UG, 1. und 2. OG) werden mit handelsüblichen Steinzeugfliesen für Boden und Wand in den Maßen 60 x 30 cm ausgeführt. Die Mehrkosten in Höhe von ca. 16.000,- € brutto werden genehmigt.
- Die zehn Waschtische in den an die Foyers angeschlossenen WCs (UG, 1. und 2. OG) werden aus durchgehenden Natursteinplatten mit Keramikwaschbecken von Wand zu Wand ausgeführt. Die Mehrkosten sind noch zu ermitteln und dem Gemeinderat bekannt zu geben.

17. Sitzung des Gemeinderates vom 18.06.2009

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

- Die Boden- und Wandfliesen des WCs im Bereich der Bibliothek werden mit handelsüblichen Steinzeugfliesen in den Maßen 60 x 30 cm ausgeführt. Die Mehrkosten in Höhe von 2.500,- € brutto € werden genehmigt.
- Die Gäste-WCs des Restaurants werden mit handelsüblichen Steinzeugfliesen in den Maßen 60 x 30 cm ausgeführt. Die Mehrkosten in Höhe von 2.500,- € brutto € werden genehmigt.
- Die insgesamt vier Waschtische in den Gäste-WCs des Restaurants und in der Bibliothek werden aus durchgehenden Natursteinplatten mit Keramikwaschbecken von Wand zu Wand ausgeführt. Die Mehrkosten sind noch zu ermitteln und dem Gemeinderat bekannt zu geben.

be) PÄA 60, Gewerk Parkett- und Holzpflasterarbeiten

Im Gewerk Parkett- und Holzpflasterarbeiten hat sich gegenüber der Kostenberechnung vom 12.11.2007 eine Massenmehrung überwiegend im Bereich der Bibliothek ergeben. Fast ausschließlich war in den beiden Obergeschossen der Bibliothek zum damaligen Zeitpunkt eine Ausführung in Lino vorgesehen. Hinzu kommen kleinere Änderungen der Zuordnung der Bodenbeläge in den Fluren und den Garderoben (nun in Betonwerkstein). Dies führt zu einer Parkettflächenmehrung von ca. 200 m².

Auf Grund der Massenmehrung ergeben sich Mehrkosten in Höhe von ca. 24.000,00 € brutto. Durch die Minderung im Gewerk Bodenbeläge Lino von ca. 200 m² ergeben sich innerhalb dieses Gewerks Minderungen in Höhe von ca. 7.000,- € brutto. Somit betragen die Mehrkosten für die Massenmehrung im Gewerk Parkett ca. 17.000,- € brutto, wenn der Gemeinderat für eine Ausführung in Parkett (massives Stabparkett 22 mm aus kerngeräucherter Eiche, Oberfläche mit Hartwachsöl behandelt, Rutschfestigkeit R 9) statt Lino für den Bereich der Bibliothek zustimmt.

259 18 Beschluss: 18 : 0

Der Gemeinderat stimmt dem Projektänderungsantrag Nr. 60 für eine Massenmehrung bei den Parkettflächen von ca. 200 m² zu und genehmigt damit die entstehenden Mehrkosten in Höhe von 17.000,- € brutto.

bf) PÄA 61, Verbreiterung des Bühnenportals

Auf Grund der Anregung des künftigen Kulturamtsleiters Herrn Ramadan ist es unbedingt erforderlich, eine Bühnenportalbreite von mindestens zehn Metern vorzusehen. Auf Grund der Rohbaugeometrie und der Anpassarbeiten an Bauteilen im Untergeschoss im Bereich des Bühnenportals wurde das geplante Bühnenportal mit einer lichten Breite von 9,40 m vorgesehen. Um eine lichte Mindestbreite von zehn Metern zu erreichen, müssen Änderungen an der Portalbrücke (Bühnenmaschinerie), Anpassungsarbeiten an die bereits durchgeführten Rohbauarbeiten im UG vorgenommen und zwei bewegliche Portaltürme installiert werden. Die Installation der beweglichen (fahrbare) Portaltürme führt zudem auch zur Aufwertung (Flexibilität) der Bühne.

17. Sitzung des Gemeinderates vom 18.06.2009

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Die Mehrkosten für die Verbreiterung des Bühnenportals auf mindestens zehn Meter lichte Breite belaufen sich auf insgesamt ca. 19.795,- € brutto. Um den Bauablauf nicht zu gefährden, wurde durch Herrn Bürgermeister Schwarz die Verbreiterung des Bühnenportals auf zehn Meter (lichte Breite) im Mai 2009 beauftragt.

260 18 Beschluss: 18 : 0

Der Gemeinderat nimmt die dringliche Anordnung des Bürgermeisters über die beauftragte Verbreiterung des Bühnenportals gemäß dem Projektänderungsantrag Nr. 61 mit Mehrkosten in Höhe von 19.795,- € brutto zustimmende zur Kenntnis.

bg) PÄA 62, Verlängerung der Zuschauertribüne im großen Saal

Im Zuge der Genehmigungsplanung wurde vom Gemeinderat eine Teleskoptribüne für den großen Saal genehmigt. Bei dem Planungsgespräch vom 03.06.2009 wurde vom künftigen Kulturamtsleiter Herrn Ramadan der Vorschlag unterbreitet, die Zuschauertribüne im Saal um weitere zwei Stufen zu verlängern. Dadurch können die Sichtverhältnisse für die Zuschauer zusätzlich verbessert und die Akzeptanz weiter erhöht werden. Dadurch werden u. a. kürzere Aufbauzeiten und eine Verringerung der Betriebskosten (geringere Aufbauzeiten und weniger Mietmaterial) erzielt.

Bei Zustimmung des Gemeinderates zur Verlängerung der Zuschauertribüne (Teleskoptribüne) muss die Podiumsgrube verbreitert, die Podiumskonstruktion zum Versenken der Tribüne verstärkt und die Stückzahl der Hubantriebe erhöht werden. Die dadurch entstehenden Gesamtkosten belaufen sich auf ca. 112.000,00 € brutto gemäß dem PÄA, Nr. 62 vom 05.06.2009 des Bühnenplaners Ing.-Büro Kottke, Bayreuth.

Aus der Mitte des Gemeinderats wird vorgeschlagen, eine Reihe dafür ganz wegzulassen und zu untersuchen, wie hoch die Kosten dann für noch eine Stufe seien. Hierüber zu entscheiden, soll der Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss entsprechend beauftragt werden.

261 18 Beschluss: 18 : 0

Der Gemeinderat steht dem Vorschlag des künftigen Kulturamtsleiters Herrn Ramadan auf Verlängerung der Zuschauertribüne grundsätzlich offen gegenüber. Der Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss wird beauftragt, zu prüfen und zu entscheiden, ob eine Verlängerung der Zuschauertribüne auch mit einer Stufe ausreichend ist. Hierbei sind die Kosten zu ermitteln und bei der Entscheidung mit einzubeziehen.

Az.: 6211
3.4; 3.1; 2.0

17. Sitzung des Gemeinderates vom 18.06.2009

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

In Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit können gemäß § 29 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Gemeinderats für die Jahre 2008 – 2014 die Tagesordnungspunkte 13 und 14 nicht mehr behandelt werden. Diese werden zu Beginn der nächsten Tagesordnung entsprechend vorgesehen.

Der Vorsitzende weist auf das am Wochenende stattfindende Bürgerfest der Gemeinde hin und bittet um zahlreichen Besuch.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 22.20 Uhr.

Schwarz
Erster Bürgermeister

Keil
Schriftführerin